

Russland im Wertekampf gegen »den Westen«

Propagandistische und ideologische Aufrüstung in der Ukraine-Krise

Uwe Halbach

In Russland verstärkt sich im Umfeld der Ukraine-Krise eine ideologische Tendenz, die schon zu Beginn der dritten Amtsperiode Wladimir Putins als Präsident erkennbar geworden ist und die immer weitere politische, kulturelle und zunehmend auch religiös-konfessionelle Bereiche erfasst: die explizite Absetzung »vom Westen«. Auch das Projekt der eurasischen Integration, das durch den Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion Ende Mai 2014 einen Schritt weiter gebracht wurde, ordnen russische Kommentatoren in diesen Kontext einer weltanschaulichen Abwendung vom Westen ein.

Sind Russland und die verschiedenen Akteure auf westlicher Seite durch die Ukraine-Krise in die Zeit des Kalten Krieges zurückgefallen? Politikwissenschaftler und Osteuropa-Experten bezweifeln das. Sie verweisen auf den systemhaften Charakter der Blockkonfrontation und die damalige ideologische Kluft zwischen den Lagern. Doch was die weltanschauliche Differenz betrifft, verliert dieser Einwand mehr und mehr an Überzeugungskraft. Denn in Russland beschleunigt sich seit Beginn der dritten Amtsperiode von Präsident Putin 2012 ein Prozess, der in englischsprachigen Analysen mit »De-Westernization« bezeichnet wird. Die russische Führung ist zwar bemüht, Differenzen im transatlantischen Verhältnis für sich zu nutzen, und einige ihrer ideologischen Attacken richten sich primär

gegen die USA. Zunehmend setzt sich aber in Russland die Auffassung von einem einheitlichen Westen durch als Kontrastbild für alles, was die eigenen nationalen Werte ausmacht. Präsident Putin greift auf Denkmuster und identitätsstiftende Konstrukte zurück, die russische Philosophen und Vertreter der »eurasischen Schule« vor gut einem Jahrhundert aufgeworfen haben. An dem Wertediskurs beteiligen sich antiwestlich argumentierende Publizisten, die sich in Gruppierungen wie dem Izborsker Klub organisieren, der sich als »Institution eines dynamischen Konservatismus« versteht. Zu den Protagonisten dieses Intellektuellenzirkels gehört Alexander Dugin, der bekannteste Repräsentant einer wieder aufgelebten »eurasischen Schule«.

Wachsende »Gleichschaltung«

Dieser Feldzug gegen Liberalismus und »westliche Dekadenz« findet auffallend viel Zustimmung in rechtspopulistischen Kreisen in EU-Staaten. In den letzten Monaten hat sich zwischen Russland und nationalistischen Parteien in Europa wie dem Front National, der FPÖ, der ungarischen Jobbik, der bulgarischen Ataka und der griechischen Goldenen Morgenröte ein Geflecht gebildet und verdichtet. Vor allem erreicht die Propaganda in der Ukraine-Krise aber große Teile der russischen Öffentlichkeit. Aus der Sicht der wenigen noch verbliebenen Kritiker in Russland schildert die Schriftstellerin Alissa Ganijewa unter der Überschrift »Wir Nationalverräter« in einem kürzlich erschienenen Sammelband mit dem Titel »Euro- Maidan« diese ideologische Aufrüstung und die massive Welle der Indoktrination, die sich über das ganze Land verbreitet: Ein polarisierendes Lagerdenken werde – »von ganz oben initiiert« – auf allen Kanälen forciert. Tatsächlich werden die Funk-, Print- und Onlinemedien im staatlichen Einflussbereich, aber auch Diplomaten und Repräsentanten der akademischen und kulturellen Eliten in Dienst genommen, um die russische Politik in der Ukraine-Krise gegen westliche Kritik zu verteidigen. All diese Aktivitäten verdichten sich zu einem Informationskrieg, im Zuge dessen auch im Ausland soziale Netzwerke infiltriert und Allianzen mit linken und rechten Kräften geknüpft werden.

Besonders bedenklich findet Ganijewa, dass sich auch ein Teil der zuvor regimekritischen Gruppen von dem patriotischen Getöse um das »Heimholen« der Krim ergreifen lässt. Hier hinke der Vergleich mit Propagandakampagnen in spätsowjetischer Zeit. Damals hätte kaum ein Sowjetbürger tatsächlich an die ideologischen Vorgaben geglaubt, während heute der Regierungsstandpunkt von der Mehrheit der Bevölkerung »aus vollem Herzen« geteilt werde.

Bemerkenswert ist dabei, wie sich diese Propaganda über Widersprüche hinwegsetzt. Drei Beispiele: Das Feindbild Maidan-Bewegung wird mit dem Schlagwort

»Faschismus« belegt, und es wird der Eindruck erweckt, als seien in dem Nachbarland – vom Westen gesteuert – überall gewaltbereite nationalistische Extremisten auf dem Vormarsch. Über das beträchtliche nationalistische und minderheitenfeindliche Potential im eigenen Land gehen die Propagandisten hinweg, auch darüber, dass im politischen Spektrum der Ukraine rechtsextremistische Kräfte nur eine marginale Rolle spielen, wie sich bei den Präsidentenwahlen am 25. Mai gezeigt hat. Hier wurden rechtsradikale Kräfte viel weiter an den Rand gedrängt als in einigen Ländern der EU bei den Europawahlen am gleichen Tag. Im Übrigen verbünden sich Rechtspopulisten in Europa mit der russischen Seite, nicht mit der »faschistischen Ukraine«.

Die russischen Meinungsmacher, die jedes Vorgehen ukrainischer Sicherheitskräfte gegen bewaffnete Separatisten im Osten des Landes als Gewaltexzess anklagen, blenden aus, wie russische Sicherheitskräfte gegen die Separatisten in Tschetschenien vorgegangen sind. Die beiden Kriege dort forderten Zigtausende Todesopfer in der Zivilbevölkerung und gelten als die schlimmsten Gewaltereignisse im postsowjetischen Raum. Auf menschenrechtspolitische Kritik an diesem Vorgehen reagierte Russland damals mit dem Hinweis auf das Recht und die Notwendigkeit, seine territoriale Integrität zu verteidigen, eine Integrität, an der es sich in seinem Nachbarland Ukraine nun vergreift. Auch was die Achtung der staatlichen Souveränität betrifft, misst Moskau mit zweierlei Maß. Wie China setzt Russland Souveränität normalerweise absolut und wappnet sie gegen interventionistische Einfallstore wie »responsibility to protect«. Gegenüber seinem »nahen Ausland« wendet es hingegen ein eingeschränktes Souveränitätsverständnis an und in der Ukraine-Krise pochte es auf seine »Schutzverpflichtung« für russischsprachige Minderheiten.

Eurasische Integration im »Clash of Values«

Am 29. Mai unterzeichneten die Präsidenten Russlands, Kasachstans und Belarus' in Astana einen Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion, die 2015 in Kraft treten soll. Diese Regionalorganisation bildet eine weitere Etappe auf dem Weg zu einer eurasischen Integration, der mit der Zollunion zwischen den drei Staaten 2010 eingeleitet wurde und in eine Eurasische Union münden soll, die weitere Mitgliedstaaten im postsowjetischen Raum einbezieht. Die Wirtschaftsunion umfasst derzeit einen Raum mit 170 Millionen Menschen und einer Gesamtwirtschaftsleistung von 2,7 Billionen Dollar (zum Vergleich: die EU und die USA bringen es auf jeweils um die 16 Billionen Dollar Wirtschaftsleistung).

Putin hat seit seinen ersten Ausführungen zu einer zukünftigen Eurasischen Union im Oktober 2011 den Verdacht zurückgewiesen, ihm gehe es hier um die Wiederherstellung der Sowjetunion. Auch bei der Vertragsunterzeichnung am 29. Mai betonte er, die neue Union werde die Souveränität ihrer Mitglieder keineswegs unterminieren. Vielmehr werde sie deren Verbindung zur Weltwirtschaft verstärken. Man strebe gemeinsam ein Freihandelsabkommen mit Vietnam, eine intensivere Kooperation mit China und Handelsabkommen mit Israel und Indien an.

In der Tat geht es hier nicht um eine »Re-Sowjetisierung«. Die ideologischen Ressourcen, auf die der Kreml zurückgreift, waren in sowjetischer Zeit tabu. Die »Eurasier« wirkten damals im Exil und wurden in der Heimat verfolgt. Ihr bedeutendster Repräsentant, Lew Gumiljow, verbrachte viele Jahre im Gulag. Auch die jüngsten Manifestationen nationaler Selbstvergewisserung wie die Wiederbelebung des Kosakentums und die Anlehnung an die orthodoxe Kirche bei der Abwehr der »westlichen Werte-Expansion« rekurrieren nicht gerade auf sowjetische Traditionen. Der Herrschaftsstil Putins und seine ideologische Untermauerung sind eher als »neo-zaristisch« zu charakterisieren.

Auch das eurasische Projekt wird nicht nur als pragmatisches Erfordernis wirtschaftlicher Integration präsentiert, sondern weltanschaulich überhöht – so wie in einem Artikel Alexander Lukins, des Vizepräsidenten der Diplomatischen Akademie beim russischen Außenministerium, der im Juni 2014 unter der Überschrift »Eurasian Integration and the Clash of Values« in der Zeitschrift *Survival* erschien. Lukin zufolge richtet sich die eurasische Integration im Rahmen einer multipolaren Weltordnung in erster Linie gegen die überhebliche westliche Denkweise, »dass Völker weltweit ungeachtet ihrer eigenen Kultur und historischen Erfahrung gleichsam natürlich und unbedingt westliche Werte erstreben, zusammen mit den politischen und sozialen Konstrukten, die auf diesen Werten basieren«. Und dieser Werte-Expansion stellt Lukin einen Werteverfall gegenüber, von dem »der Westen« in Wirklichkeit betroffen sei. Denn die moderne westliche Zivilisation basiere auf einem moralischen Relativismus, der zu dem Prinzip absoluter, besonders auch religiöser Werte in Opposition stehe und diese als »rückständig« abstempele. In weiten Teilen der Welt, darunter in Ländern des postsowjetischen Raums, sei dieser Relativismus, der lediglich die Rechte des Individuums verabsolutiert, nicht akzeptabel. Deshalb gründe Putin ein unabhängiges Machtzentrum in Eurasien, das zusammen mit anderen Zentren wie China und Indien der westlichen Dominanz entgegentreten werde.

Geopolitik als Integrationsantrieb

Das Vorgehen Russlands gegenüber der Ukraine macht deutlich, wie sehr die russischen Integrationsambitionen im postsowjetischen Raum geopolitisch motiviert, das heißt von der Vorstellung privilegierter Einflusszonen geprägt sind, aus denen sich externe Akteure, sprich »der Westen«, herauszuhalten haben. Aus russischer Sicht war die Ukraine für das eurasische Projekt von ausschlaggebender Bedeutung. Nun kann von einem freiwilligen Beitritt des

zweitgrößten sowjetischen Nachfolgestaats zu einer Eurasischen Union nicht mehr die Rede sein. Diese Folge der Ukraine-Krise wird kontrovers beurteilt. Einerseits wird das Projekt schon als gescheitert bezeichnet, andererseits darauf hingewiesen, diese Entwicklung werde Russland nach dem Motto »Nun erst recht!« in seinen Bemühungen um den Beitritt anderer postsowjetischer Staaten bestärken und den asiatischen Vektor in der geopolitischen Orientierung des Projekts aufwerten.

Das Bestreben, die geopolitische Position des eigenen Landes zu stärken, teilt die russische Bevölkerung zunehmend. Seit 2003 stellt das Meinungsforschungsinstitut VCIOM die Frage, ob das Land wieder eine »Supermacht wie die UdSSR« werden solle. Bislang begnügten sich die meisten Russen mit der Antwort, ihr Land möge sich »unter den am höchsten entwickelten Nationen« befinden. Inzwischen meint eine Mehrheit von 82 Prozent, Russland gebühre ein erheblicher Einfluss in der Welt, 42 Prozent reklamieren dafür den Status »einer »Supermacht wie es die Sowjetunion war« (2013 forderten dies nur 32% der Befragten). Als Auslöser für diesen Wandel des Meinungsbilds macht der Politologe Walerij Solowjej »die patriotische Mobilisierung und Euphorie im Gefolge der Wiedervereinigung mit der Krim« aus.

Für die Absetzung vom Westen gibt es für die amtierende russische Machtelite vor allem einen Beweggrund: die Protestbewegung auf dem Kiewer Maidan-Platz. Außenminister Lawrow beschuldigte den Westen, hier abermals eine »Farbrevolution« im postsowjetischen Raum zu entfachen und beklagte westliche »Versuche, anderen Nationen die eigenen Rezepte für inneren Wandel zu verschreiben«. Dieser »Export von Demokratie« erhöhe die Zahl der Krisen zonen auf der Weltkarte. Nicht weniger als durch die Nato-Erweiterung nach Osten fühlte sich die Kreml-Elite seit 2003 durch irreguläre Machtwechsel in Georgien, der Ukraine und Kirgistan provoziert. Sie führt diese Umbrüche einseitig auf externe Unterstützung, ja Fernsteuerung zurück

und blendet dabei die internen Ursachen, die Auflehnung gegen Korruption und schlechte Regierungsführung, in den betroffenen Ländern aus.

Die Krim-Annexion jagte die Popularitätsquote von Präsident Putin laut der neuesten Umfrage des Levada-Instituts von 65 Prozent im Januar auf 83 Prozent im Mai 2014 hoch. Nur noch 16 Prozent der Befragten missbilligen die Handlungen ihres Präsidenten (im Januar waren es noch 34%). 60 Prozent der Russen meinen, ihr Land befinde sich auf dem richtigen Kurs, nämlich dem seiner geopolitischen Aufwertung.

Ausblick

Derweil spricht Russlands Wirtschaftslage, die mit Stagnation zu bezeichnen ist, nicht für eine solche Aufwertung. Diese Tatsache irritiert Russlands »nahes Ausland« nicht weniger als die Politik, mit der Russland in der Krim-Krise seinen Hegemonialanspruch im postsowjetischen Raum bekräftigt hat. Es sind vor allem Länder, aus denen sich Arbeitsmigranten in hoher Zahl nach Russland begeben, die mit Sorge auf die dortige Wirtschaftslage und die Entwicklung des Arbeitsmarkts schauen. Dies ist nur einer der Aspekte, die zu der Frage nach möglicherweise schädlichen Nebenwirkungen von Wirtschaftssanktionen gegen Russland führen. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass Sanktionen die russische Bevölkerung eher veranlassen, sich um ihre Führung gegen einen »feindseligen Westen« zu scharen, als sie in kritische Distanz zu ihr zu bringen. Solche Bedenken gelten auch für Maßnahmen, die Russland aus multilateralen Gesprächsplattformen aussperren und damit seine geistige Einigelung noch verstärken. Europa steht vor der Herausforderung, einen Dialog mit Russland unter Bedingungen zu pflegen, unter denen von »Modernisierungspartnerschaft« kaum noch die Rede ist.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364